

Financial Times Deutschland, 16 February 2006

JAKOB VON WEIZSÄCKER

Ein magisches Parkhaus

Nach der EU-Erweiterung hat Deutschland seinen Arbeitsmarkt abgeschottet. Ein Fehler, denn das verhindert Wachstum. Für obere Lohngruppen sollte sofortige Freizügigkeit gelten

"Erfreue die Menschen vor Ort, und locke Zuwanderer aus der Ferne". Diese Weisheit des Konfuzius zur Regierungskunst ist hochaktuell. In Deutschland denken noch immer viele Menschen, dass Zuwanderung den eigenen Wohlstand untergräbt. Doch tatsächlich sorgt eine gute Politik dafür, dass Wirtschaftswachstum und Zuwanderung Hand in Hand gehen.

Mit mehr Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den neuen EUMitgliedsstaaten in Osteuropa könnten wir anfangen. Ein Vorschlag: die „Green Card 30k“ – das heißt sofortige Freizügigkeit für EU-Osteuropäer ab 30 000 € brutto im Jahr, für junge Berufseinsteiger sogar ab 24 000 € brutto.

Politisch ist die Entscheidung in Deutschland bereits gefallen, den Zuzug von Arbeitnehmern aus den neuen EU-Staaten zumindest bis 2009 und eventuell sogar bis zum letztmöglichen Termin 2011 zu beschränken. Unsere Regierung wird Brüssel in den nächsten Wochen entsprechend notifizieren.

Damit sollen gering qualifizierte Inländer und unser großzügiger Sozialstaat vor Andrang aus Osteuropa geschützt werden. Doch mit der heutigen Praxis schaden wir uns selbst. Relativ gut qualifizierte und gut bezahlte Arbeitnehmer aus Osteuropa wären ein Gewinn für Deutschland und den Arbeitsmarkt. Doch gegen diese schotten wir uns genauso ab wie gegen Geringqualifizierte. Lediglich für die Schwarzarbeiter, die in der Regel die Jobs Geringqualifizierter verrichten, gilt de facto Freizügigkeit.

Auf Grund unserer Blockadehaltung machen viele junge und leistungsstarke Osteuropäer einen Bogen um Deutschland. Andere EU-Länder empfangen Zuwanderer aus Osteuropa mit offenen Armen. Großbritannien und Irland haben die volle Freizügigkeit schon eingeführt. Das zusätzliche Wirtschaftswachstum durch osteuropäische Einwanderer ist dort statistisch deutlich messbar. Mancher Osteuropäer wäre eigentlich lieber ins nahe Deutschland gekommen, wenn wir es zugelassen hätten. Schade um unsere wirtschaftliche Dynamik!

Deutschland sollte seine Politik korrigieren und ab 1. Mai 2006 die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Osteuropa oberhalb von beispielsweise 30 000 € Bruttojahresgehalt einführen. Diese Lohnuntergrenze entspräche etwa dem Medianlohn.

Das bedeutet, dass die Hälfte der Vollzeit Arbeitnehmer mehr verdient, die andere Hälfte weniger. Für junge Berufsanfänger, die für das alternde Deutschland besonders attraktiv sind, sollte eine noch niedrigere Lohnuntergrenze von beispielsweise 24 000 € Bruttojahresgehalt angesetzt werden. Wichtige Vorteile einer solchen Regel liegen auf der Hand: Der sozialpolitisch kritische Niedriglohnbereich (unter 20 000 € brutto) bekäme eine weitere Schonfrist, in der man den Umbau zum aktivierenden Sozialstaat vorantreiben muss. Die Kassen des Sozialstaats würden geschont, denn Zuwanderer mit einem guten Verdienst zahlen mehr ein, als sie vom Sozialstaat verlangen. Schließlich könnte man den Übergang zur vollständigen Freizügigkeit ohne großen Schock gestalten, indem man die genannten Lohnuntergrenzen schrittweise weiter senkt.

Natürlich gibt es eine Reihe möglicher Einwände. So könnte die Lohnuntergrenze prinzipiell mit fiktiven Arbeitsverträgen umgangen werden – wenn der Arbeitgeber etwa einen Teil des Lohns vom Arbeitnehmer wieder zurückverlangt, heimlich und in bar. Dies lässt sich nie ganz ausschließen. Aber wenn die hohen Steuern und Abgaben vorschriftsgemäß gezahlt werden, ist der Spielraum für Missbrauch überschaubar.

Der populärste Einwand dürfte die Sorge sein, dass Osteuropäer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Dahinter steckt eine Vorstellung vom Arbeitsmarkt als Parkhaus mit einer festen Anzahl an Parkplätzen.

Wenn das Parkhaus voll ist, dann ist es gute Parkhauspolitik, keine Autofahrer mehr einzulassen und den Parkenden Anreize zu geben, schnell wieder hinauszufahren.

Wer den Arbeitsmarkt wie ein Parkhaus begreift, ist bei hoher Arbeitslosigkeit gegen Einwanderung und gegen eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit – fälschlicherweise. Denn tatsächlich lässt sich der Arbeitsmarkt allenfalls mit einem magischen Parkhaus vergleichen. Wenn die richtigen Autos einfahren, vergrößert es sich wie durch Zauberhand, und zwar um mehr als den Platz, den die Neuankömmlinge brauchen. In der Praxis ist es nicht ganz einfach vorherzusagen, welcher Zuwanderer dem heimischen Arbeitsmarkt besonders gut tut. Doch typischerweise sind es solche, die so begehrt sind, dass man ihnen einen guten Lohn zu zahlen bereit ist. Darum ist die vorgeschlagene Lohnuntergrenze ökonomisch sinnvoll.

Die politische Versuchung ist groß, einfache Regeln bürokratisch zu überfrachten: Warum nicht einen Hochschulabschluss fordern, branchenspezifische Arbeitserfahrung, dann noch den Ehepartner vom Arbeitsmarkt ausschließen, um nur ja auf der sicheren Seite zu sein? So ähnlich wollten einige die Green Card vor ein paar Jahren „perfektionieren“.

Schließlich kamen weniger Spezialisten als geplant. Auch das neue Einwanderungsgesetz ist offensichtlich noch zu kompliziert; mit ihm haben wir im letzten Jahr knapp 1000 hoch qualifizierte Einwanderer gewonnen.

Erinnern wir uns: In wenigen Jahren darf ohnehin jeder Bürger aus den neuen Mitgliedsstaaten bei uns arbeiten. Ein ausuferndes Regelwerk, das jeglichen Missbrauch ausschließen und auf jedes politische Zipperlein Rücksicht nehmen will, wäre da absurd.

Doch bis dahin gehen uns mit der heutigen Politik noch viele interessante Osteuropäer verloren – als Kollegen und als Menschen.